Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 40. Donnerstag den 9. Februar 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die am 7. Januar dieses Jahres verstorbene Frau Emilie Beate Louise verw. Prof. Dr. Wagner, geb. Franke, hat uns 600 Mark mit der Bestimmung letztwillig überwiesen, daß die Zinsen daraus alljährlich einer verschämten Armen zugewendet werden sollen.

Nachdem wir beschlossen haben, dieses Vermächtniß anzunehmen, bringen wir dies hierdurch mit dem Ausdruck unseres Dankes zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 4. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

In obiger Fleischhalle sollen die miethfreien **Abtheilungen Nr. 8 und 11 zur sofortigen anderweiten Vermiethung** unter den üblichen Bedingungen

Dienstag, den 14. dss. Mon., Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, **versteigert** werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen können ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine eingesehen werden.

Leipzig, den 3. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Auf der westlichen Seite des Gerichtswegs, zwischen der Hospitalstraße und dem Armenhause sollen circa 582 qm Granittrottoirplatten angeliefert und die mit deren Legung verbundenen Steinmetzarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Granittrottoirplatten im Gerichtswege“** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. Februar 1882, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 3. Februar 1882.

Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Auf der westlichen Seite des Gerichtsweges, zwischen der Hospitalstraße und dem Armenhause sollen circa 337 qm Mosaikpflaster hergestellt und die betreffenden Steinsetzerarbeiten an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Mosaikpflaster im Gerichtswege“** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 20. Februar d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 3. Februar 1882.

Des Rathes der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.

Holz-Auction.

Freitag, den 10. Februar d. J., sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Rosenthal
3 Raummeter Eichen-**Nutzscheite,**
104 Rmtr. Eichen-, 10½ Rmtr. Buchen-, 8½ Rmtr. Rüstern- und 1 Rmtr. Eschen-**Brennscheite,** sowie
9 Rmtr. Ellern-**Rollen**
gegen sofortige Baarzahlung und unter den im Termine auszuhängenden Bedingungen an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Leibniz-Brücke.

Leipzig, am 30. Januar 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Höhere Schule für Mädchen.

Die Prüfung der für die Classen IX bis I angemeldeten Schülerinnen findet Sonnabend den 18. Februar morgens 9 Uhr statt. Außer Papier und Feder sind die Michaeliszeugnisse mitzubringen. Die für die gehobene Classe angemeldeten Mädchen bitte ich an demselben Tage Nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr in der Schule vorzustellen.

Leipzig, den 7. Februar 1882.

Dr. W. Nöldeke.

Bekanntmachung.

Die seither mit „Hohlweg“ bezeichnete, von Anger durch Neudnitzer Flur nach Thonberg führende Straße hiesigen Orts ist von uns

Riebeck-Straße

benannt worden, was hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Neudnitz, 4. Februar 1882. **Der Gemeinderath.** Heyer.

Nichtamtlicher Theil.

Die kirchenpolitische Debatte im preußischen Abgeordnetenhause.

Der Telegraph hat gestern über den Beginn der kirchenpolitischen Debatte im Abgeordnetenhause in ausführlicher Weise berichtet; indessen der erste Verhandlungstag über die Vorlage der Regierung läßt das schließliche Schicksal dieses Gesetzes noch ganz im Ungewissen erscheinen. Auf Seiten des Centrums sowohl als der Regierung und der Conservativen herrschte unverkennbare Scheu, das letzte Wort zu reden und sich vorzeitig zu binden.

Wir sind, wenn auch aus der Verhandlung Anhaltspuncte für diese Meinung nur spärlich zu entnehmen sind, doch der Ansicht, daß schließlich Centrum und Conservative eine Form der Verständigung unter sich und mit der Regierung finden werden, allein außerordentliche Schwierigkeiten wird es bereiten; und was schließlich von beiden Seiten zugestanden werden wird, läßt sich noch von ferne nicht voraussehen. Was aber auch Positives jetzt zu Stande kommt, daran ist nicht zu zweifeln, daß damit nur ein Auskunftsmittel und ein Nothbehelf für den Augenblick gegeben ist, keineswegs eine dauernde Lösung.

Die organische Revision der Maigesetze ist die Parole, die alle Parteien jetzt im Munde führen; nur die Regierung will diesen Weg noch nicht betreten. Freilich die Uebereinstimmung in der Forderung der organischen Revision will nicht viel besagen. Sowie die Parteien daran gehen werden, diese allgemeine Forderung in bestimmte positive Einzelvorschläge umzusetzen, wird sich zeigen, wie himmelweit verschieden eine conservative, eine clericale, eine liberale Revision von einander abweichen. Auf alle Fälle würden wir es als eine der werthvollsten Früchte der gegenwärtigen Verhandlungen betrachten, wenn über Inhalt und Umfang dessen, was von den verschiedenen Seiten gefordert und zugestanden wird, Bestimmtheit und Klarheit verbreitet würde.

Die Generaldebatte kann natürlich über eine ganz allgemein gehaltene Darlegung der Anschauungen und Grundsätze nicht hinausgehen; der Schwerpunct der eigentlichen Verhandlungen wird in der einzusetzenden Commission liegen. Wir sind gespannt, ob es bei der weiteren Arbeit den Conservativen und der Regierung gelingen wird, die Ansprüche des Centrums auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Es sprach wieder viel Ueberhebung, Trotz und Zuversicht aus den Reden Schorlemer's und Windthorst's; geradezu empörend war die gehässige Weise, in welcher der Eintritt Falk's in den Justizdienst von den clericalen Parteiführern besprochen wurde. Einen unversöhnlicheren Haß, als er in einem ultramontanen Herzen wuchert, giebt es eben nicht.

Ein dürftiges, nach keiner Seite befriedigendes Gesetz, ähnlich wie das vom Jahre 1880, wird schließlich wohl zu Stande kommen. Zu einem aufrichtigen Friedensschluß können wir die Bedingungen und die geeigneten Stimmungen noch nicht wahrnehmen, am wenigsten beim Centrum, und für die Hoffnungen des Herrn Cultusministers, daß man beim Papst und bei den deutschen Kirchenfürsten mehr Entgegenkommen und Friedensliebe finden werde als bei den parlamentarischen Vorkämpfern des Ultramontanismus, fehlt es doch auch noch sehr an sicheren Anhaltspuncten.

* * *

Ueber die Debatten am Dienstag erhalten wir noch den folgenden Specialbericht aus Berlin: Der erste Tag der kirchenpolitischen Debatte hat im Wesentlichen die Erwartungen bestätigt, die von vornherein gehegt wurden: der Widerstand des Centrums gegen die discretionären Vollmachten ist nicht mehr ein so pathetischer und macht nicht mehr in solchem Grade den Eindruck echter Ueberzeugtheit, wie dies vor 2 Jahren der Fall war. Wer die Reden der Abgg. von Schorlemer-Alst und Windthorst hörte, ohne zu wissen, daß die Fraction in ihrer letzten Sitzung „einstimmig“ das Gesetz für unannehmbar erklärte, der mußte zu dem Schlusse kommen, die Ultramontanen würden der Vorlage, unter gewissen und weitgehenden Bedingungen allerdings, beistimmen. Und dieser Eindruck eines unbefangenen Zuhörers dürfte, trotz der theatralischen Verwerfungskomödie in der Fractionsberathung, der richtige sein; in der That mehren sich von allen Seiten, in den Parlamentsreden wie in den vertraulichen Mittheilungen der Centrumsabgeordneten, die Anzeichen, daß für Herrn Windthorst und seine Freunde das Gespenst der Discretionsvollmachten seine Schrecken verloren habe.

Herrn v. Goßler's Auftreten hat einen verhältnißmäßig guten Eindruck nicht verfehlt. Dieser Minister ist sicherlich kein Diplomat, was Herr v. Puttkamer sein wollte. Was ihm damit an Gewandtheit abgehen mag, ersetzt er durch Klarheit und Offenheit. Er ist genau so conservativ wie sein Vorgänger, und kein Liberaler wird Kirche und Schule gern seiner Leitung anvertraut sehen können; aber er weiß doch wenigstens was er will, während Herr von Puttkamer dies vielleicht auch wissen mochte, es aber vorzog, seine An- und Absichten der profanen Welt zu verbergen und die wißbegierigen Frager mit der Liebenswürdigkeit abzufertigen, „sie mögen sich nicht den Kopf der Regierung zerbrechen.“ Herr von Goßler ist resignirt genug, von seinem Entwurf nicht zu erwarten, daß derselbe den „naturnothwendig erwachsenen Kampf“ (wie er ihn nannte) zwischen Staat und Kirche mit einem Zauberschlage beseitigen werde; er hält auch die Falk'sche Gesetzgebung für gesund in ihrem Kern und verlangt nichts, als sich innerhalb der Grenzen jener Gesetzgebung, die nicht verschoben werden sollen, mit größerer Freiheit als bisher bewegen zu können; er spricht seine Zuversicht zu der persönlichen Gesinnung des gegenwärtigen Papstes aus, aber rathsam erscheint es ihm, das souveräne Selbstbestimmungsrecht des Staates nicht durch Concordate oder ähnliche Verpflichtungen aus der Hand zu geben; „der Staat hat in sich selber die Kraft, seinen katholischen Mitbürgern Genüge zu thun.“ Das ist allerdings nicht die Sprache, welche das Centrum gern hört, indessen man muß sich stets gegenwärtig halten, daß die Ultramontanen einer gebundenen Marschroute folgen, die sie aus Rom erhalten, und die von den Wegen, welche der Minister von Goßler wies, diesmal nicht allzu sehr divergiren dürften.

Recht lehrreich für die intimen Beziehungen zwischen Herrn Windthorst und Rom waren die Mittheilungen, die der Centrumsführer von dem Stande der Verhandlungen der preußischen Regierung und der Curie machen konnte. Nur, wer so genau wie der Abg. Windthorst unterrichtet ist, wird so positive Behauptungen, wie er es heute that, aufstellen wollen; daß die Verhandlungen sich bisher stets um rein äußerliche (Personal-) Fragen gedreht hätten, daß die Frage der Revision der Maigesetze „nicht einmal andeutungsweise“ von den preußischen Unterhändlern angeregt worden sei. Das Haus stand bei dieser mit größter Bestimmtheit vorgetragenen Erklärung unter dem Eindruck, sich in der That einer verbürgten Information gegenüber zu befinden, und der Minister sah sich zu irgend welcher Richtigstellung nicht veranlaßt. Recht ungünstig hatte sich übrigens die Rednerliste gestaltet: die Liberalen kommen heute gar nicht zum Worte und sehen sich auf den zweiten Debattentag verwiesen. Abweichend von der bisherigen Annahme wurden die Reden von conservativer Seite, besonders diejenige des freiconservativen Grafen Wintzingerode durch eine Reserve gegenüber den ultramontanen Ansprüchen charakterisirt, die wohlthuend von dem überschwänglichen Entgegenkommen eines Stöcker und v. d. Reck in den Verhandlungen vor zwei Jahren abstach. Ja, Graf Wintzingerode wurde, als er tapfer und gewandt für den ehemaligen Cultusminister Dr. Falk eine Lanze brach, durch den lebhaftesten Beifall von den Bänken der Linken ausgezeichnet, ein Vorgang, der nicht eben häufig zu verzeichnen sein wird, zumal seitdem sich in den letzten Jahren die Parteigegensätze schärfer als früher zugespitzt haben.

Leipzig, 9. Februar 1882.

Man schreibt uns aus Berlin vom Dienstag: „Herr v. Goßler wies in seiner heutigen Rede auf die gefahrdrohende Ausdehnung der nationalpolnischen Agitation hin, welche ganz Posen und Westpreußen wie mit einem Netz überdeckt, welche auf nichts Geringeres als die Wiederaufrichtung eines selbstständigen Polenreichs abzielte und welche es deshalb unmöglich machte, die Waffen der Maigesetzgebung aus der Hand zu geben. Dem Schlusse mag man zustimmen können, wenn man auch die Voraussetzungen für übertrieben erklären muß oder selbst für falsch. Vor Allem entspricht es nicht den Thatsachen, wenn der Minister meint, die letzten Reichstagswahlen hätten bewiesen, daß die Polen sich von der Gemeinsamkeit mit ihren katholischen Mitbürgern deutscher Nationalität losgesagt hätten. Vielmehr haben sie nicht blos jetzt, sondern immer ihre eigenen Candidaten aufgestellt; erst in zweiter Linie recurrirten sie auf die Candidaten des Centrums. Sind sie diesmal weniger compromißlustig gewesen und haben sie trotzdem größere Erfolge erzielt, so ist dies Resultat, wie Herr v. Goßler wissen sollte, einzig und allein der Verblendung der deutschen Conservativen im Osten zu danken, die in ihrem Haß gegen die Liberalen sich nicht scheuten, offen zu erklären, daß sie eher einem Polen als einem Candidaten der Linken ihre Stimmen geben würden. Und sie sprachen nicht nur so, sondern sie handelten kläglicherweise auch danach. Auf den Bänken der Rechten war denn auch merkwürdigerweise der Beifall, der die Worte des Ministers begleitete, recht gequält und dünn, während er sonst auf die Berührung der nationalpatriotischen Saite so stark zu reagiren pflegt.“

Ueber die früher verlautbarte Absicht, den königlichen Erlaß an das preußische Staatsministerium vom 4. Jan. d. J. im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen, ist Näheres nicht bekannt geworden. Die Annahme jedoch, wonach man in Folge der Debatten im Reichstage über diese Angelegenheit davon Abstand zu nehmen gewillt wäre, dürfte schwerlich zutreffen. Wahrscheinlich wird man bei den Etatsdebatten darauf zurückkommen. Auch das Verfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Berling soll zur Sprache gebracht werden, zumal da man über den ganzen Vorgang noch eigenthümliche Aufschlüsse erhalten haben will. Wie weit diese letztere Lesart richtig ist, wird indessen abzuwarten bleiben.

Prof. Dr. Finkelnburg, Mitglied des Reichsgesundheitsamts, veröffentlicht soeben in der neuen Auflage von Holtzendorff's „Rechtslexikon“ eine Kritik der Bestrebungen, die auf Beseitigung des Impfzwanges abzielen. Insofern diese Bewegung mit wissenschaftlichen Gründen zu bekämpfen war, ist die Zurückweisung schon wiederholt und wirksam seitens hervorragender medicinischer Autoritäten geschehen. Erfreulich aber bleibt es, daß jetzt auch ein Fachmann in amtlicher Eigenschaft und mit amtlicher Autorität die Agitation gegen den Impfzwang als verwerflich und thöricht kritisirt; man darf also an der Hoffnung festhalten, die Feinde der Wissenschaft und eigensinnige Verfechter eines übertriebenen staatsfeindlichen Individualismus würden ebenso wenig wie ihre, gegen die Vivisection anstürmenden Gesinnungsverwandten auf praktische Erfolge zu rechnen haben. Prof. Finkelnburg beweist, daß der Eingriff in die bürgerliche Freiheit, der im Impfzwang liegen soll, geringer sei als die gleichen Beschränkungen durch die allgemeine Schul- und Militairdienstpflicht, daß ferner die Gesundheitsschädigungen, die hier und da durch die Impfung vorgekommen sein mögen, kaum „ein Millionstel“ des Unheils betragen, welches früher die Blatternepidemien zur Folge hatte, und endlich, daß es möglich sein werde, durch Fürsorge für reine und gesunde Lymphe auch jene vereinzelten Unfälle absolut verschwinden zu machen, wie dies schon jetzt in Hamburg und Weimar der Fall sei.

Nachdem die bekannten öffentlichen Erklärungen des früheren Landraths v. Bennigsen-Förder und des Oberpräsidenten Steinmann erfolgt sind, ist nunmehr nach einer Mittheilung der „Lauenb. Landesztg.“ eine öffentliche Erklärung des Kammerraths Berling zu erwarten, welche die Beweggründe darlegen wird, die ihn zur Einstellung des strafrechtlichen Verfahrens gegen den Landrath wegen des Pamphlets veranlaßt haben. Eine größere Genugthuung konnte allerdings unter den obwaltenden Verhältnissen Herrn Berling nach den Erklärungen der vorgenannten beiden Beamten kaum noch zu Theil werden.

Wie die „Germ.“ hört, ist dem Domcapitel zu Breslau ein päpstliches Breve zugegangen, in welchem der heilige Vater die Haltung des Capitels belobt und den Verzicht desselben auf die Wahl eines Fürstbischofs acceptirt.

Aus Wien wird uns vom 7. ds. geschrieben: „Welche Art sensationelle „Beruhigungs“-Nachrichten die hiesige officiöse Presse dem Publicum aufzutischen wagt, davon liefert heute ein hochofficiöses Organ ein höchst drastisches Beispiel. In einer angeblichen „Petersburger Original-Correspondenz“ läßt nämlich jenes sich wörtlich Folgendes schreiben: „Die Tischrede des Generals Skobelew und speciell der auf die Unruhen in der Herzegowina bezügliche Theil derselben hat zu einem diplomatischen Intermezzo zwischen Deutschland und Rußland Anlaß gegeben, über welches uns von gut unterrichteter Seite (?) folgende Details zugehen: „Auf das Telegramm der „Berliner Nat.-Ztg.“ über die Tischrede Skobelew's hin hatte der deutsche Reichskanzler den deutschen Botschafter in Petersburg telegraphisch beauftragt, bei Herrn v. Giers anzufragen, was es mit der Rede Skobelew's für ein Bewandtniß habe. General v. Schweinitz begab sich unverzüglich in das Auswärtige Amt und richtete seinen Auftrag aus, worauf Herr von Giers ihn versicherte, „er wisse nichts von einer Rede des Generals Skobelew“. Durch diese Antwort aus dem Munde des Verwesers des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten war also die Frage, ob die Rede Skobelew's einen officiösen Charakter trage, vollständig im verneinenden Sinne erledigt und der deutsche Botschafter konnte ohne Weiteres seinem Chef melden, daß, wenn General Skobelew den betreffenden Passus in seiner Rede vorbrachte, er es auf eigene Faust that, ohne irgend wie von maßgebender Seite dazu inspirirt, geschweige denn ermächtigt gewesen zu sein. Als aber gleich darauf mehrere panslavistisch angehauchte Petersburger und besonders Moskauer Zeitungen stark antiösterreichische Artikel brachten und auch in anderer Weise eine regere Thätigkeit der panslavistischen Partei bemerkbar wurde, erhielt der General v. Schweinitz eine zweite Depesche des Fürsten Bismarck, infolge welcher er Herrn v. Giers erklärte, daß, falls es sich herausstellen sollte, daß die russische Regierung die anti-österreichische Agitation in der russischen Presse unterstütze oder ihr gegenüber auch nur eine zu weitgehende Toleranz zeige, er möglicherweise und zwar sehr wahrscheinlich in die Lage kommen dürfte, dem russischen Kaiser seine Abberufung aus Petersburg anzuzeigen. Zugleich sei er zu der Erklärung ermächtigt, daß Deutschland seine Interessen mit denjenigen Oesterreich-Ungarns indentificire!“ — Das hiesige officiöse Organ, welches diese „pikanten“ Nachrichten bringt, scheint wohl nur auf die sprichwörtliche Leichtgläubigkeit des Wiener Publicums zu speculiren“.

Die Oesterreich-Ungarn von panslavistischer Seite drohenden Gefahren werden von officiöser Seite nach Möglichkeit abgeschwächt. Die Wiener „Polit. Corresp.“ meldet auf Grund zuverlässiger Mittheilungen aus Lemberg, daß die von den Zeitungen gebrachten Meldungen über die Ursachen der vorgenommenen Verhaftungen im Wesentlichen richtig, indessen nicht erschöpfend seien. Bei dem gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit seien positive Angaben selbstverständlich nicht zu erwarten. Auch die panslavistische Agitation zu Gunsten der Aufständischen in der Herzegowina ist nicht mehr in Abrede zu stellen; die Slavencomités in Rußland rühren sich wieder wie im Jahre 1876, als Serbien in den Krieg gegen die Türkei gehetzt wurde. Allerhand Abenteurer sind durch diese Comités reichlich mit Geld und Waffen versehen unterwegs nach dem Insurrectionsschauplatze; soeben aus den Gefängnissen entlassene Verbrecher erhalten unter dem Versprechen, den bedrängten slavischen Brüdern zu Hilfe zu eilen, reichliche Unterstützung; in Noth befindliche Bauern werden unter Vorspiegelung glänzender Aussichten zum Verlassen von Haus und Hof veranlaßt, gegen die Oesterreicher zu kämpfen. Hochtrabende Siegesbulletins, nach denen die slavischen Helden in der Crivoscie und der Herzegowina die Truppen des österreichischen Kaisers zu Paaren treiben, circuliren in den Dörfern. Alles wird vorbereitet, um auch Bosnien zu insurgiren; im April sollen dort zehntausend Mann die Fahne wider die Oesterreicher erheben. Das „unglückliche Bosnien“ wird jetzt von den vornehmen Damen Moskaus mit Thränen erstickter Stimme beklagt. Herr Aksakow hat in der „Rus“ den Ton zu diesen Klageliedern angeschlagen und die ganze panslavistische Preßlinie ist in denselben prompt eingefallen. Die Ernennung des Herrn Katkow zum Geheimrath und die voraussichtliche Berufung desselben zum Erzieher des Großfürsten Thronfolgers läßt die Panslavisten nahe am Ziel ihrer Wünsche erscheinen. Die Warnungsstimmen der liberalen Zeitungen, unter denen sich besonders der „Golos“ hervorthut, verhallen wirkungslos. Die um das Wohl ihres Landes ernstlich besorgten Russen, welche es mit der so vielgeschmähten Intelligenz des Europaismus halten, haben nicht so unrecht, wenn sie behaupten, daß Aksakow's und Katkow's Bestrebungen für Rußland ebenso gefährlich seien, wie die der Nihilisten.

Zu den jüngsten Verhaftungen in Ostgalizien wird aus Lemberg vom 7. d. gemeldet: „Heute wurden abermals einige Verhaftungen vorgenommen, darunter die des Volksschullehrers Trembicki, Redacteurs eines in Kolomea erscheinenden Blattes, sowie einiger Personen in dem Dorfe Hniliczki, wo die Bauern zur russischen Kirche übertreten wollten. Unter den dort Verhafteten befinden sich auch der Dorfschulze Iwan Hluszko und sein Stellvertreter Wasyl Zozula. Außerdem fanden in Lemberg Hausdurchsuchungen bei mehreren Ruthenen statt, wobei verschiedene Briefschaften beschlagnahmt wurden. — Außer dem Kaczkowski-Vereine soll auch der Studenten-Verein „Kruzok“ in die Untersuchung verwickelt sein. Die ganze Agitation leitete der verhaftete Hofrath Dobrzanski. Von polnischer Seite wird behauptet, daß Dobrzanski an ruthenische Studenten und Journalisten Subventionen der Slaven-Comités in Moskau und Petersburg vertheilt habe.“

Ueber die Stimmung und Vorgänge in Montenegro enthalten die Pester Journale eine Reihe der sonderbarsten Sensationsnachrichten. Es heißt unter Anderem, die Agitation gegen Fürst Nicolaus nehme immer mehr einen drohenden Charakter an. Man spreche offen von seiner Vertreibung und der aus Neapel zurückgekehrte Wjemertschitsch agitire eifrig für die Erwählung — Menotti Garibaldi's zum lebenslänglichen Präsidenten der Westbalkanföderation! — Die Erbitterung der montenegrinischen Actionspartei hätte ihren Höhepunct erreicht. Wjemertschitsch giebt an, der von ihm verwaltete Actionsfonds sei aus dem Keller verschwunden, in dem die Regierung 250 Martini-Gewehre confisciren ließ. Wjemertschitsch klagt die Organe der Regierung an, das Geld genommen zu haben. Der verhaftete Theodorowitsch wurde entlassen, weil die Untersuchung seine Angabe, daß er auf den Steinadler schießen wollte, der auch thatsächlich zu Tode getroffen zu Boden gestürzt war, bestätigt fand. Mit diesem Attentate dürfte es wohl auch ein eigenes Bewandtniß haben. Wenigstens scheint es befremdend, daß man mit einem Revolver, eines solchen bediente sich Theodorowitsch, nach — Steinadlern schießt! — Weiter wird Pester Blättern aus London gemeldet, daß die russische Regierung bei Londoner Kaufleuten sich erkundigte, ob sie innerhalb sechs Wochen 9000 Kilo Chinin liefern könnten; ebenso groß wäre der Bedarf der russischen Armee im jüngsten Orientkriege gewesen.

Aus Rustschuk geht die Nachricht ein, daß dort sechzehn russische Aerzte mit zwanzig Kisten Charpie und Bandagen angekommen seien. Die Aerzte sagen unverhohlen, daß ihre Bestimmung Bosnien sei.

Das neue französische Ministerium befestigt seine Stellung in erfreulicher Weise. Die letzte Sitzung der Deputirtenkammer, welche sich mit einer von Granet eingebrachten, auf die Verfassungsrevision bezüglichen Anfrage beschäftigte, hat gezeigt, daß zwischen dem Cabinet und der Kammermajorität darin Uebereinstimmung herrscht, von der Austragung grundsätzlicher Probleme jetzt ganz und gar Abstand zu nehmen, dagegen überall die reale Bedürfnißfrage